Infobrief Nr. 19/2018 vom 14.05.2018, 17. Jahrgang

Aus dem Europäischen Parlament

Reform des EU-Wahlrechts in allen EU-Mitgliedsländern soll demokratische Legitimation erhöhen

„Ich persönlich empfehle eine Fünf-Prozent-Hürde“

Das Europäische Wahlrecht wird reformiert. Künftig wird es eine Sperrklausel geben. Die Frage ist nur noch, wie hoch die Hürde sein wird. Dies festzulegen, soll den Mitgliedstaaten überlassen sein.

Es ist zwar schon kurz vor zwölf, aber besser spät als nie: Die EU-Mitgliedstaaten wollen sich endlich auf eine Sperrklausel für die Europawahlen einigen. Dadurch soll verhindert werden, dass das EU-Parlament immer mehr zersplittert. Bisher war es den Ländern selbst überlassen, ob sie eine Hürde für den Einzug kleinerer Parteien ins Europaparlament einführen und wenn ja, wie hoch die sein soll. Nur die Fünf-Prozent-Hürde, die im EU-Recht festgelegt ist, durften sie nicht überschreiten.

Ich bin wirklich froh, dass die Mitgliedsländer, die sich bisher gegen eine Sperrklausel gewehrt haben, endlich ein Einsehen haben. Erinnern Sie sich noch an die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vor der letzten Europawahl, das die damals geltende Drei-Prozent-Hürde in Deutschland gekippt hatte? Die Folge war, dass wir den Biertrinker- und Spaßparteien den Weg geebnet haben, die eh schon große Vielfalt an Parteien im EU-Parlament um einige – meist auch noch sehr unkonstruktive – Elemente zu erweitern.

Es wird auf europäischer Ebene immer schwieriger, Mehrheiten zusammenzubekommen. Diese sind aber notwendig, wenn wir Abgeordneten etwas gegen den Starrsinn der Mitgliedstaaten oder für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger beschließen wollen. Einzelne Abgeordnete oder Kleinstgruppen haben sowieso nur einen beschränkten Einfluss, gefährden in ihrer Gesamtheit jedoch die Mehrheits- und damit die Handlungsfähigkeit des Parlaments.

Gerade wir Deutschen sollten das eigentlich wissen (Stichwort Weimarer Republik!). Schon seit vielen Jahren setzt sich die CDU/CSU-Gruppe im EU-Parlament deshalb für eine Sperrklausel ein. Die Mehrheit im Haus steht hinter uns: Für die größeren EU-Länder empfehlen wir zwischen drei und fünf Prozent. Ich persönlich plädiere eher für fünf Prozent. Sie sind – wie bei den Bundes- und Landtagswahlen ja auch – die ideale Hürde, um einerseits eine zu große Zersplitterung zu vermeiden und andererseits um den Willen der Bürger ausreichend zu berücksichtigen.

Praktische Auswirkung wird die Klausel übrigens nur auf Deutschland und Spanien haben: Alle anderen Länder haben bereits eine Hürde oder sind zu klein, als dass es irgendeine Splitterpartei ins EU-Parlament schaffen würde. Die Mitgliedstaaten müssen sich allerdings beeilen: Bis 26. Mai muss die Sache in trockenen Tüchern sein, sonst kann der Beschluss später angefochten werden. Und: Einmal in EU-Recht gemeißelt, kann auch das Bundesverfassungsgericht eine Sperrklausel nicht mehr kippen!

EU-Bürgerdialog digital: Anfang Mai fand erstmals in der Geschichte der EU ein Bürgerforum in Brüssel statt, um eine öffentliche Konsultation über die Zukunft Europas vorzubereiten. Eine Gruppe von 80 Europäern aus 27 Mitgliedstaaten, also auch aus Deutschland, hat gemeinsam zwölf Fragen für die Online-Konsultation erarbeitet. Seit dem Europatag (9. Mai) können darüber alle interessierten Bürger ihre Meinung abgeben und sich damit aktiv in die Debatte einbringen, welche Art von Europa sie sich in Zukunft vorstellen. Bitte beteiligen auch Sie sich! Sie können das hier tun: *https://ec.europa.eu/consultation/runner/Future-of-Europe?surveylanguage=de*

Aktuelle Jugendstudie der TUI Stiftung lässt hoffen

Zustimmung junger Menschen zur Europäischen Union steigt

Nach der Entscheidung der Briten, die Europäische Union zu verlassen, fürchteten viele eine um sich greifende Europamüdigkeit. Doch das Gegenteil ist der Fall: Unter jungen Menschen ist die EU deutlich beliebter als im letzten Jahr – auch wenn es nach wie vor einige Vorbehalte gibt, wie die aktuelle Jugendstudie der TUI Stiftung zeigt.
Die jungen Menschen haben demnach eine deutlich positivere Einstellung zu Europa als noch 2017. Vor allem in Frankreich, Italien, Spanien und Großbritannien ist die Zahl derjenigen, die sich nur als Bürger ihres Landes verstehen, seit dem letzten Jahr stark gesunken. Immer weniger junge Europäer würden in einem Referendum für den Austritt ihres Landes aus der EU stimmen. Diese Entwicklung ist in allen Ländern zu beobachten – auch in Polen und Großbritannien. Hier ist der Zuwachs allerdings mit sieben beziehungsweise fünf Prozentpunkten im Vergleich am geringsten.
Immer mehr junge Menschen erkennen zudem, dass sich ihr Land und die EU in gleicher Weise brauchen. Besonders stark wächst dieses Bewusstsein in Polen, Spanien, Frankreich und Deutschland. 71 Prozent der befragten 16- bis 26-Jährigen glauben, dass die Union eine gute Sache ist. Gleichzeitig herrscht allerdings ein eher niedriges Vertrauen zu den Institutionen wie der Kommission oder dem Parlament. Viele sehen im oft langwierigen politischen Prozess die Ursache für den Stillstand in ihren Ländern. Hier sind meiner Meinung nach in erster Linie die Mitgliedstaaten gefordert. Viel zu oft blockieren sie die Reformprozesse, zu denen wir die Rechtsgrundlage geliefert haben.

EU-Richtlinie zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden

Einheitliche Regeln: Keine Strafen mehr für Whistleblower

Die EU-Kommission hat auf Anregung des Europäischen Parlaments EU-weite Mindeststandards ausgearbeitet, um Hinweisgeber (wie jene, die zur Aufdeckung von Dieselgate, Luxleaks oder der Panama Papers beigetragen haben) künftig besser zu schützen. Derzeit sorgen nur zehn EU-Mitgliedstaaten dafür, dass sogenannte Whistleblower wirklich uneingeschränkt geschützt werden. Die übrigen Länder gewähren nur teilweisen Schutz in bestimmten Wirtschaftszweigen oder für gewisse Kategorien von Arbeitnehmern.
Mit der neuen Richtlinie werden sichere Kanäle für die Meldung von Missständen sowohl innerhalb einer Organisation als auch an Behörden geschaffen. Darüber hinaus werden Hinweisgeber vor Kündigungen, Zurückstufungen und anderen Repressalien geschützt. Alle Unternehmen mit mehr als 50 Beschäftigten oder einem Jahresumsatz von mehr als zehn Millionen Euro müssen ein internes Verfahren für den Umgang mit Meldungen von Hinweisgebern einführen. Auch alle Landes- und Regionalverwaltungen und Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern werden von der neuen Richtlinie erfasst.
Mit dem Vorschlag sollen verantwortungsvolle Whistleblower geschützt werden, die tatsächlich im öffentlichen Interesse handeln wollen. Für sie gilt künftig prinzipiell die Unschuldsvermutung. Der Vorschlag enthält aber auch Sicherungsmaßnahmen, durch die in böser oder missbräuchlicher Absicht getätigte Meldungen unterbunden und Rufschädigungen vermieden werden sollen.

EU-Parlament fordert weltweites Verbot von Tierversuchen für Kosmetika: Nachdem es schon seit einigen Jahren in Europa verboten ist, Kosmetika zu verkaufen, die an Tieren erprobt wurden, hat das Europäische Parlament nun auch ein weltweites Verbot von Tierversuchen für kosmetische Mittel gefordert. In rund 80 Prozent der Länder weltweit sind Tierversuche noch immer zulässig, obwohl das EU-weite Verbot das Wachstum der Kosmetikindustrie in keiner Weise gefährdet hat. Wir Abgeordneten fordern deshalb, den Abschluss eines internationalen Übereinkommens gegen Tierversuche für kosmetische Mittel auf UN-Ebene in die Wege zu leiten. Kein einziges EU-Mitgliedsland würde dazu allein die Kraft/Macht haben. Auch das schaffen wir nur gemeinsam!

Aus meinem Wahlkreis

Als aufgeschlossen und diskussionsfreudig habe ich die Schülerinnen und Schüler der Klasse 10a (links) und 10b des Weimarer Goethegymnasiums kennengelernt. Sie haben meine Wanderausstellung „Wozu EU?“ in der Weimarer Sparkasse besucht und sich anschließend intensiv mit mir über die Lösung der aktuellen Probleme der Union unterhalten.

Europawahlen 2019: Der Termin steht, nun gilt es, die Thüringer Kommunalwahlen zu terminieren

Je größer die Wahlbeteiligung, desto mehr Abgeordnete

Die demokratische Legitimation der EU zu stärken ist eine nachvollziehbare Forderung. Ihre Beteiligung ist gefragt! Die Europawahlen nächstes Jahr finden in Deutschland am 26. Mai statt. Ich empfehle der Thüringer Landesregierung, die Kommunalwahlen am gleichen Tag durchzuführen. Nicht nur, dass dadurch die Wahlhelfer sehr effizient eingesetzt und die Kosten der Wahl gesenkt werden können.

Ein gemeinsamer Termin wird auch die Wahlbeteiligung sowohl für die Europa- als auch die Kommunalwahl um einiges erhöhen, da bin ich mir sicher. Und gerade für die Europawahlen ist eine hohe Beteiligung enorm wichtig für Thüringen: Je mehr Bürgerinnen und Bürger zur Urne gehen, desto mehr Thüringer Abgeordnete werden im zukünftigen Europaparlament unter den deutschen Abgeordneten vertreten sein – und desto mehr Gewicht werden die Thüringer bei EU-Entscheidungen in die Waagschale werfen können.

E-Twinning-Schulsiegel für Hildburghausen

16 Schulen in Deutschland erhalten für 2018/19 das eTwinning-Schulsiegel, darunter das Gymnasium Georgianum in Hildburghausen. Ich gratuliere! Damit zählt die Schule zu denjenigen in Europa, die sich aktiv für europäischen Austausch engagieren und eTwinning in ihrem Schulkonzept berücksichtigen. Sie gelten als Vorreiter durch den Einsatz digitaler Medien in der Bildung und fördern verantwortungsvollen Umgang mit dem Internet. Weiterhin setzen die Schulen kooperative Lernformen vorbildlich um und verfolgen innovative pädagogische Ansätze.

Business Roundtable Russland

Der „Business Roundtable Russland“ der IHK Erfurt am 31. Mai bietet Ihnen die einmalige Gelegenheit, Ihre Möglichkeiten auf dem Russland-Markt einzuschätzen und persönliche Kontakte zu wichtigen Ansprechpartnern zu knüpfen. Neben Analysen und Einschätzungen der wirtschaftspolitischen Lage in Russland und den Folgen der Sanktionen werden Fragen des Markteinstieges und des Vertriebs in Russland beleuchtet. Alle Fachexperten stehen im Anschluss an die kostenlose Veranstaltung für individuelle Gespräche zur Verfügung. Mehr Infos: *https://bit.ly/2K7xmZd*

Service und Termine

★ Grundlagenseminar „Europa gemeinsam gestalten“
Ein Seminar der Kontaktstelle Europa für Bürgerinnen und Bürger führt am 14. Juni in Berlin in das gleichnamige EU-Programm ein, welches eine Vielzahl von bürgernahen Projekten in Europa finanziell unterstützt. Europabeauftragte von Kommunen, Aktive in Vereinen und anderen Organisationen, die internationale Begegnungen, Austausch- oder Kooperationsprojekte mit europäischen Partnern organisieren wollen, sind mit diesem Seminar angesprochen. Erläutert werden die Ziele und Themen, das Antragsverfahren sowie Beispiele geförderter Projekte. Anmeldefrist ist der 1. Juni. Weitere Informationen erhalten Sie unter: *https://bit.ly/1p4ttEq*

★ Regionale Mittler für Unternehmenskooperationen
Gemeinsam mit der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (Bagfa) und der Initiative Bürgerstiftungen (IBS) bietet der Verein »Unternehmen: Partner der Jugend« (UPJ) am 14. Juni in Frankfurt einen Einsteigerworkshop zum Thema Unternehmenskooperationen an. Er richtet sich an potenzielle Mittler, die eine Brücke zwischen Wirtschaft, Staat und gemeinwohlorientierten Akteuren der Zivilgesellschaft schlagen möchten. Der kostenlose Workshop wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert. Anmeldeschluss ist der 25. Mai. Weitere Informationen unter: *https://bit.ly/2dIvLhY*

★ EU-Förderung von außereuropäischen Projekten
Die Engagement Global gGmbH bietet am 29. Mai in Bonn eine Einführung in die Rahmenbedingungen der EuropeAid-Antragsstellung sowie einen Überblick über die von EuropeAid veröffentlichten thematischen und länderbezogenen Programme für Auslandsprojekte. Die Veranstaltung richtet sich an Mitarbeitende von Nichtregierungsorganisationen und Kommunen, die bislang noch wenig oder keine Erfahrung mit der Antragstellung bei der EU haben und die sich generell über die verschiedenen aktuellen Programme und Förderbedingungen von EuropeAid informieren möchten. Anmeldeschluss ist der 15. Mai. Mehr Infos unter: *https://bit.ly/2rCfTAL*

★ Kontaktseminar „Using eTwinning“ in Prag
Vom 29. August bis 1. September findet in Prag ein Internationales Kontaktseminar für Lehrkräfte der Sekundarstufe II (Alter der Schüler: 12 bis 19 Jahre) statt. Ziel dieses Seminars ist die praktische Anwendung von eTwinning für Schulpartnerschaften. Die Kosten für die Teilnahme werden erstattet, der Pädagogische Austauschdienst (PAD) übernimmt die Fahrtkosten abzüglich eines Eigenbeitrags von 50 Euro. Arbeitssprache ist Englisch. Anmeldeschluss ist der 3. Juni. Mehr Infos unter: *www.kmk-pad.org/TCA_Prag*

★ Fortbildung zu „Geschichte und Erinnerung“
Im Rahmen des 100. Jahrestages zum Ende des Ersten Weltkrieges bietet das Deutsch-Französische Jugendwerk (DFJW) eine Fortbildung zum Thema „Geschichte und Erinnerung in internationalen Jugendbegegnungen“ vom 18. bis 21. Juni im Elsass an. Es sollen Methoden vorgestellt und gemeinsam ausprobiert werden, die sich im Rahmen deutsch-französischer Jugendbegegnungen eignen und die einen partizipatorischen Ansatz haben, um das Thema Frieden zu behandeln. Der Unkostenbeitrag (inklusive Fahrtkosten) jedes Teilnehmers beträgt 40 Euro. Anmeldungen sind bis 16. Mai möglich unter: *https://bit.ly/2wujs1o*

★ Erasmus+ und Bildung für ältere Menschen
Wie machen Erasmus+-Projekte ältere Menschen fit für die Zukunft? Eine Übersicht zu erfolgreichen Erasmus+-Projekten für ältere Menschen finden Sie in einem Blogbeitrag auf „Epale“, der E-Plattform für Erwachsenenbildung in Europa: *https://ec.europa.eu/epale/de/node/58531*

Für Sie in Europa

evp - fraktion im europäischen parlament

Impressum

Dr. Dieter-L. Koch, MdEP
Europabüro
Frauenplan 8
99423 Weimar

Tel. 03643 50 10 07
Fax 03643 50 10 71
www.europaabgeordneter.eu
info@europaabgeordneter.eu
www.facebook.com/europaabgeordneter

CDU